

# Betrieb beeinträchtigt?

Die Umstellung der Erneuerbaren-Förderung von festen Einspeisetarifen auf Ausschreibungen beginnt in Deutschland mit Auktionen für Solarkraftwerke. Die dafür erdachten Kriterien stoßen auf massive Kritik.

Von Sascha Rentzing

**D**ie Europäische Union macht Druck: Ab 2017 sollen staatliche Beihilfen für erneuerbare Energien in Europa nur noch in wettbewerblichen Ausschreibungen vergeben werden. Bauherren von Ökokraftwerken sollen sagen, wie viel Förderung sie benötigen, um ihre Anlagen rentabel zu betreiben. Der günstigste Anbieter darf bauen, der Rest bleibt unberücksichtigt. Brüssel ist überzeugt, dass durch die Umstellung der Förderregeln die Preise für Ökostrom schneller sinken.

Deutschland spurt und will bereits in diesem Februar mit den ersten Ausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen beginnen. Seit Mitte Januar liegt der mehr als hundertseitige Referentenentwurf dazu vor, am 28. Januar verabschiedete das Bundeskabinett die Verordnung. Danach sollen in den kommenden drei Jahren Solarkraftwerke mit 1,2 Gigawatt Gesamtleistung errichtet und über Auktionsverfahren ausgeschrieben werden.

Im ersten Jahr der Pilotphase sind Solarparks mit 500 Megawatt Gesamtleistung geplant. Die ersten beiden Gebotstermine über jeweils 150 Megawatt Leistung sind für den 15. April und den 1. August angesetzt. Für die dritte Runde am 1. Dezember ist ein Volumen von 200 Megawatt vorgesehen. In den Folgejahren soll das Auktionsvolumen sinken – 2016 auf insgesamt 400 Megawatt und 2017 auf 300 Me-

gawatt. Nicht genutzte Kapazitäten werden ins Folgejahr übertragen.

Gebaut werden darf nur auf wenigen ausgewählten Flächen. Unter die zulässige so genannte Flächenkulisse fallen die aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits bekannten Konversionsflächen, versiegelte Flächen und Seitenrandstreifen von Autobahnen und Schienenwegen. Ab 2016 lässt die Verordnung weitere Gebiete zu, etwa zweitrangige Ackerflächen, auf denen Landwirtschaft nur schwer möglich ist. Hier sind aber deutschlandweit jährlich nur zehn Solarparks erlaubt.

## Aus für Bürgerprojekte?

Die Bewerber können Gebote für Kraftwerke von jeweils mindestens 100 Kilowatt bis höchstens zehn Megawatt abgeben. Daneben ist eine „Erstsicherheit“ in Höhe von vier Euro pro Kilowatt zu zahlen. Liegt bereits ein so genannter Offenlegungsbeschluss oder ein beschlossener Bauungsplan vor, halbiert sich die Summe. Erhält ein Bewerber den Zuschlag, wird eine „Zweitsicherheit“ von 50 Euro pro Kilowatt fällig. Bei der Mindestgebotsmenge von 100 Kilowatt muss ein Bieter demnach mindestens 5400 Euro an Sicherheiten aufbringen – zusätzlich zu den Bewerbungskosten.

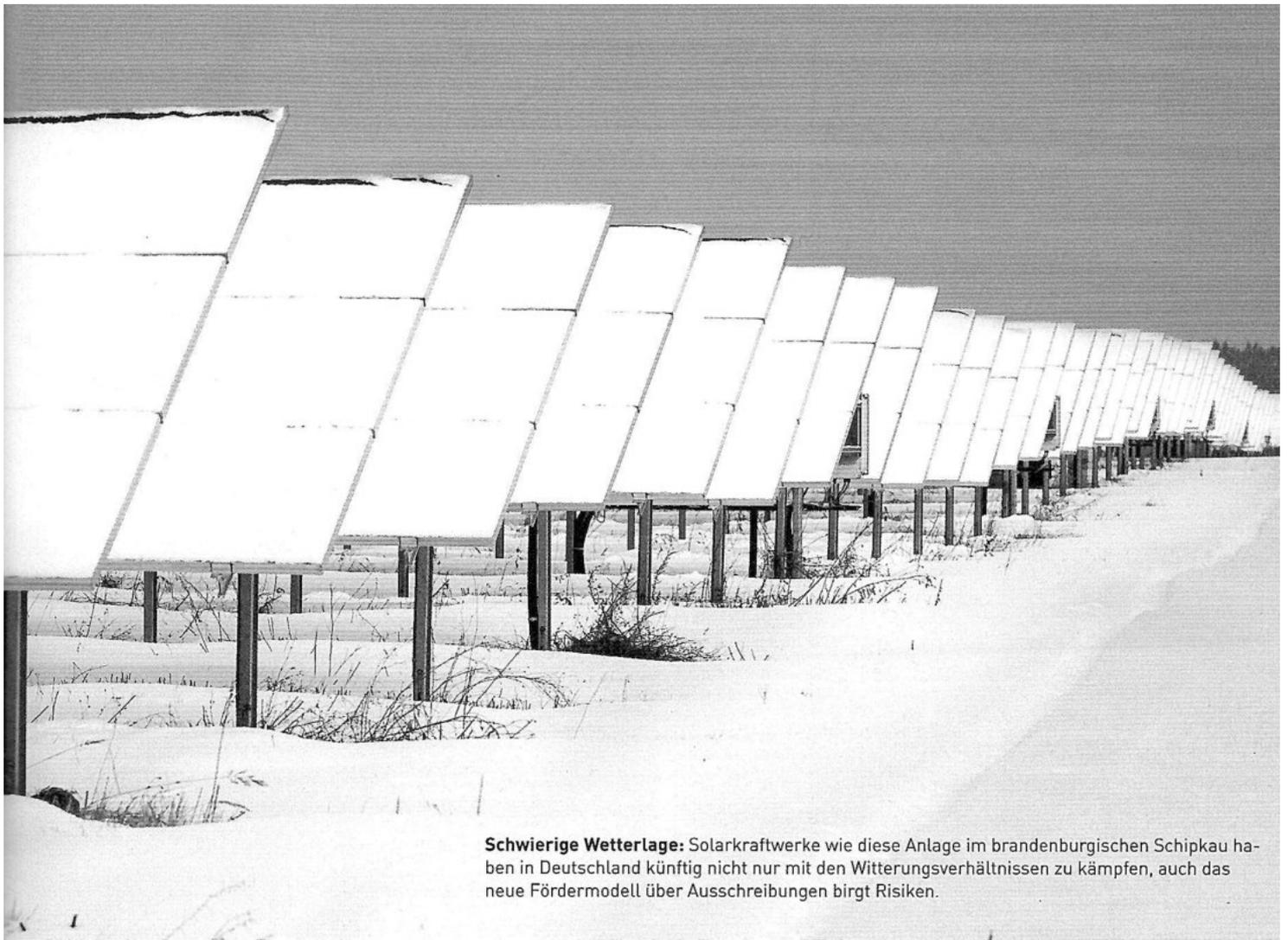
In der Solarbranche stoßen die Pläne auf harsche Kritik. Das Auktionsvolumen

von 1,2 Gigawatt sei „viel zu wenig“, sagt Carsten König vom Bundesverband Solarwirtschaft (BSW). Der Zubau an Freilandanlagen habe sich im Vorjahr gegenüber 2013 auf 600 Megawatt halbiert. Das geplante Auktionsvolumen reiche nicht aus, um die von der Bundesregierung insgesamt angestrebte Photovoltaik-Zubauleistung von rund 7,5 Gigawatt bis Ende 2017 zu erreichen, so König.

Im Vergleich zum ersten Referentenentwurf 2014 wurden die Freilandpläne deutlich gestutzt. Darin wird noch von einem Auktionsvolumen von 600 Megawatt pro Jahr ausgegangen, also insgesamt 1,8 Gigawatt für die dreijährige Pilotphase. Außerdem hatte der erste Entwurf die Förderung von Anlagen auf jeder Flächenkategorie ermöglicht. Jetzt werden die förderfähigen Flächen wieder eingeschränkt.

Auch der ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell, Präsident





**Schwierige Wetterlage:** Solarkraftwerke wie diese Anlage im brandenburgischen Schipkau haben in Deutschland künftig nicht nur mit den Witterungsverhältnissen zu kämpfen, auch das neue Fördermodell über Ausschreibungen birgt Risiken.

der Energy Watch Group, hält die 1,2 Gigawatt für ein „kläglich kleines Volumen“. „In Anbetracht der ernüchternden Tatsache, dass im letzten Jahr mit 1,8 Gigawatt neu installierter Leistung nicht einmal das regierungsamtliche Ziel von 2,5 Gigawatt erreicht wurde, hätte die Bundesregierung ein größeres Volumen ausschreiben müssen.“ Fell spricht von einem fantasielosen Umgang mit Ackerflächen. Hoch aufgeständerte Solarmodule und normaler Ackerbau böten sich in trockenen Regionen sogar an, da über die Beschattung der landwirtschaftliche Ertrag gesteigert werden könne, argumentiert Fell.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) befürchtet zudem, dass durch die Ausschreibungen mehr Bürokratie und Kosten entstehen und kleine Unternehmen und Bürgerprojekte außen vor bleiben. Wegen der fortschreitenden Vergütungssenkung für Solarstrom seien die Möglich-

keiten, Kosten zu sparen, bereits jetzt ausgeschöpft. „Photovoltaik-Strom wird schon heute für unter zehn Cent pro Kilowattstunde sehr günstig erzeugt. Der Ausbau der Energiewende wird nun unnötig verteuert“, sagt BEE-Geschäftsführer Hermann Falk.

#### Höhere Kosten befürchtet

Die Bundesregierung hält jedoch an ihren Plänen fest. Die EEG-Novelle 2014 war darauf angelegt, die Photovoltaik deutlich einzudämmen. Die aktuelle Verordnung ist eine konsequente Fortsetzung dieser Solarpolitik. Der mächtige Bauernverband sowie Agrarexperten der CDU und CSU bestärken die Bundesregierung in diesem Kurs. Sie wollen Solarkraftwerke sogar von zweitrangigen Ackerflächen verbannt sehen, um einer „Verspiegelung“ der Landschaft vorzubeugen.

Nicht nur die Auktionspläne drohen den Erneuerbaren-Ausbau in Deutsch-

land zu gefährden. Derzeit arbeitet die Bundesregierung unter Federführung des Wirtschaftsministeriums an einem neuen Strommarktdesign. Energiekonzerne und Stadtwerke fordern Kapazitätsmärkte, die bereits die Bereithaltung von Kraftwerkskapazitäten belohnen. Damit könnte sich der Bau neuer fossiler Kraftwerke, die nur sehr kurz am Netz sein müssen, für sie wieder lohnen.

Die Erneuerbaren-Branche lehnt Kapazitätsmärkte ab, da keine Engpässe in der Stromversorgung absehbar seien, die sie rechtfertigten, heißt es beim BEE. Außerdem führten sie zu hohen Mehrkosten für die Verbraucher. Hoffnungsschimmer für die Erneuerbaren-Branche: Auf dem Neujahrsempfang des BEE im Januar erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel, sie stehe Kapazitätsmärkten skeptisch gegenüber. Dass sie sie politisch auch verhindern werde, sagte sie jedoch nicht. ◀